

Ernährungsfragen und Stadtvertretungen.

Zum Schlusse der Ausschüßsitzungen des Deutschen Städte-
tages, über die wir im Morgenblatte berichteten, sprach noch
einmal Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Er wies darauf
hin, daß das Bestreben, die kriegsindustriellen
Beamten und Arbeiter bei der Rationierung in
einem eigenen Verband zusammenzuschließen, den
Gemeinden große Schwierigkeiten bereite und forderte, daß,
wenn die Regierung oder die Militärverwaltung Wert darauf
legen, die genannten Betriebe besonders zu versorgen, eine
gleichmäßige Dotierung erfolge. Des weiteren
betont der Bürgermeister die Notwendigkeit einer gleich-
mäßigen Handhabung der Höchstpreise in den
beiden Reichshälften; die Höchstpreise müßten
snümmlich verordnet werden und dürften nicht lokaler
Natur sein.

Das Ergebnis der Beratungen war eine Reihe von
Beschlüssen, in denen es u. a. heißt: Die Einhaltung
der gesetzlich festgestellten Höchstpreise ist sorgfältig zu über-
wachen. Es muß aber auch für die Möglichkeit der Einhaltung
der Höchstpreise dadurch gesorgt werden, daß die Verordnungen
über die Höchstpreise in ein System gebracht werden, welches
vom Erzeuger bis zum letzten Verkäufer reicht, jedem, der in
gesetzlicher und notwendiger Weise zur Verteilung der
Waren beiträgt, einen bürgerlichen Gewinn
sichert und den Kettenhandel ausschaltet. Höchst-
preise ohne gleichzeitige staatliche Bewirtschaftung
sind wirkungslos und haben immer zu einem Verschwinden
der betreffenden Waren geführt. Dies gilt insbesondere von
lokalen Höchstpreisen, welche unbedingt zu ver-
meiden sind. (Bekanntlich hat Dr. Weiskirchner schon in den
ersten Kriegsjahren die Regierung auf diese Tatsachen aufmerksam
gemacht — leider blieben seine wiederholten Warnungen lange
Zeit ungehört! Anm. d. R.) Die durch die behördlich legiti-
mierten Zentralstellen zur Verteilung gelangenden Nahrungs-
mittel und Bedarfsartikel müssen allen Ländern und allen
Kreisen der Bevölkerung gleichmäßig zugänglich gemacht werden,
wobei die notwendige Bevorzugung der Schwerarbeiter aufrecht-
zu bleiben hat. Doppelversorgungen sind auch in allen öffent-
lichen Auspreisanstalten streng zu vermeiden. Bei den vom
Staat eingesetzten Approvisionierungs-
stellen ist auf möglichste Verbilligung der Verwaltungs-
einrichtungen hinzuwirken und es sind diese Stellen zur
öffentlichen Rechnungslegung zu verpflichten.
Der Bund der deutschen Städte Oesterreichs erwartet von dem
Ami für Volksernährung insbesondere eine Verbesserung der
Versorgung der Städte mit Mehl, Kartoffeln, Hülsenfrüchten,
Fett und Milch, aber auch die Lösung der immer dringlicher
werdenden Kohlen- und Petroleumfrage. Der Bund der deutschen
Städte Oesterreichs ist überzeugt, daß mit den vorhandenen
Vorräten das Durchhalten möglich ist, er erachtet es jedoch für
seine Pflicht, die verantwortlichen Stellen dringendst anzu-
fordern, in die Lebensmittelversorgung jene Ordnung zu
bringen, welche die bestmögliche Verwendung und Verteilung
gewährleistet.